

REZENSIONEN

Die frühen Nachkriegsprozesse

Die RedakteurInnen aus den Gedenkstätten Neuengamme, Bergen-Belsen, den Universitäten Hannover und Hamburg und dem Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager dieses dritten Bandes der *Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland* legen mit dem Themenband „Die frühen Nachkriegsprozesse“ eine weitere, durchaus aktuelle Zusammenstellung neuerer Forschungen vor. Neben diesem thematischen Schwerpunkt wird die Funktion eines Forums der Gedenkstätten allein dadurch unterstrichen, daß 100 von 233 Seiten den Rubriken vorbehalten sind. Ein Teil der Werkstattberichte deckt Aktivitäten von Geschichtsiniciativen verschiedener Namensgebung und institutioneller Anbindung ab. Es ist nicht allein ein Problem der Redaktion der *Beiträge*, daß der Eindruck entsteht, Schleswig-Holstein hätte mit den *Beiträgen* nichts zu tun.

Die Themenstellung dieser Reihe stellt einen norddeutschen Zusammenhang von NS-Forschung oder ForscherInnen vor, bei dem zu fragen wäre, warum dieser nur auf der Ebene der Gedenkstätten vorhanden ist. Die vier „armen“ norddeutschen Bundesländer weisen eine so intensive Vernetzung, Wechselwirkung oder Abhängigkeit zueinander auf, daß sich für kaum eine andere Region ein Forschungsverbund mehr anbieten würde.

Die „frühen“ Nachkriegsprozesse – abgegrenzt zu den „späteren“ Verfahren zu nationalsozialistischen Gewaltverbrechen (NSG) – zeichnen sich durch

zwei Bedingungen aus: Zum einen spielten hier die juristischen Prämissen der britischen Militärregierung eine ausschlaggebende Rolle bzw. die Prozesse fanden hier ihre Regie, und zum anderen fanden sie unter dem unmittelbaren Eindruck der Tat statt. Treffend wird von der Redaktion bemerkt, daß bei den Initiatoren der Gerichtsverfahren im Vordergrund stand, neben der Intention der juristischen Aufarbeitung und Sühne von Straftaten die Funktion einer gesellschaftlichen Aufklärung über den NS zu erreichen. Den Prozessen kam die Funktion eines moralischen Lehrstücks zu.

Der gute Überblick über die Artikel des Bandes aus dem Editorial von Regina Mühlhäuser kann an dieser Stelle übernommen werden: Sie weist darauf hin, daß viele bekannte Kriegsverbrecher gar nicht erst vor Gericht gestanden haben und die Urteile extrem mild ausfielen. Die meisten Verurteilten sind später rehabilitiert worden, während sich in großen Teilen der Öffentlichkeit eine weitgehende Ablehnung gegenüber den Prozessen aufbaute. Diese Entwicklung der Nachkriegsprozesse wird in mehreren Fallstudien thematisiert: Hermann Kaienburg untersucht die britischen Militärgerichtsprozesse zu den Verbrechen im KZ Neuengamme. Alexandra-Eileen Wenck weist in ihrem Aufsatz „Verbrechen als 'Pflichterfüllung'?“ nach, daß auch die Hauptverantwortlichen des KZ Bergen-Belsen in der Regel nicht vor Gericht gestanden haben: Während der britischen „Belsen-Prozesse“ waren es nicht die eigentlichen Täter des Konzentrationslagers,

die angeklagt wurden, und die wenigen bundesdeutschen Verfahren endeten mit Freisprüchen und geringen Haftstrafen.

Auch in dem Beitrag „Die Wachleute des KZ Fuhsbüttel“ geht es um Prozesse, die unter britischer Militärhoheit durchgeführt worden sind: Durch die Vorstellung der Biographien einzelner Mitglieder des Wachpersonals erläutert Herbert Diercks, daß sich viele Angehörige der Wachmannschaften vor Gericht verantworten mußten, während ihre Vorgesetzten niemals unter juristischer Anklage standen.

Der Beitrag von Gregor Espelage über das Arbeitserziehungslager Liebenau/Weser fällt etwas aus dem Rahmen der Aufsätze heraus. Hier wird schwerpunktmäßig die Verflechtung von staatlichen und privat-industriellen Interessen nachgezeichnet und auf die Bedingungen eines Ausbleibens der Anklageerhebung hingewiesen.

Die von Nürnberg ausgehende bzw. im Zuge der Nürnberger Anklagen und ihrer Nachfolgeprozesse bisher singular betriebene juristische, moralische und völkerrechtliche Aufarbeitung des NS war – oft kritisiert – Maßstab für alle weiteren Bestrebungen, die Fälle von staatlicher Massengewalt zu ahnden. Bisher vergeblich. Die Diskussion zwischen den 50. Jahrestagen der Prozesse und den völkerrechtlichen Bemühungen, die Gewaltverbrechen im ehemaligen Jugoslawien oder auch in Ruanda zu ahnden, stellt Norman Paech vor.

Sehr positiv kann vermerkt werden, daß sich drei Beiträge zu den thematischen Quellen äußern (Rubrik „Bestandsübersichten und Methodik“, S. 110-148). Rainer Schulze wendet sich der Quellenüberlieferung in britischen Archiven zu (S. 110-119), Rolf Keller

stellt ebenfalls Quellen aus britischer Herkunft im Zentralnachweis der Landeszentrale für politische Bildung in Hannover vor, Arnold Jürgens und Thomas Rahe gehen methodischen Problemen einer statistischen Datenauswertung von Quellen zum KZ Bergen-Belsen nach. Derartige Rubriken könnten durchaus auch Bestandteil der *Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte* sein, da sie sowohl den professionellen HistorikerInnen als auch den Laien bzw. nebenberuflichen HistorikerInnen viele Mühen ersparen.

Besondere Aufmerksamkeit fanden die Beiträge beim Rezensenten immer dann, wenn in ihnen konkrete Arbeitsbedingungen zu erkennen waren, etwa beim Erfahrungsbericht von Marva Karer über ein Interview-Projekt mit ehemaligen Häftlingen aus Bergen-Belsen sowie bei weiteren Werkstattberichten.

Aber: Beim Lesen der Einzelbeiträge verschwindet nicht das Gefühl, daß keine wirklich neuen Erkenntnisse und Sichtweisen gewonnen werden. Es bestätigt sich, was man vermutet hatte: Viele Täter standen nie vor Gericht, und wenn, dann... Das schmälert nicht den Wert der Einzelbeiträge, sondern verweist vor allem darauf, daß wirklich weiterbringende Forschungen hier noch ausstehen.

Wahrscheinlich erst mit dem Auschwitz-Prozeß und dem Wirken des legendären Fritz Bauer begannen die NSG-Prozesse wieder eine ähnliche, aufklärerische Wendung zu nehmen, wie sie in den britischen Prozessen angelegt war (das Fritz-Bauer-Institut/Frankfurt am Main führte hierzu ein eigenes Erinnerungsprojekt zur Rezeption durch). Alles, was zwischen diesen Eckpunkten – dem Beginn der NSG-

Verfahren in allein deutscher Regie in Norddeutschland 1951 und den Auschwitzprozessen 1963/65 – liegt, ist wissenschaftlich kaum bearbeitet, sieht man von vereinzelt juristisch und moralisch inspirierten Abhandlungen ab.

Welche Wechselwirkung bestand zwischen den NSG-Verfahren in bundesdeutscher Regie und der Einbettung der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Nachkriegsgesellschaft? Wie wirkten diese bei der Durchsetzung eines gesellschaftlichen Konsenses im Umgang mit dem NS? Eine gesellschaftliche Funktionsanalyse der juristischen Aufarbeitung oder Bearbeitung des NS deuten auch die hier versammelten Beiträge erst an. Welche – möglicherweise norddeutschen – Aktivitäten könnte es in zukünftigen Forschungsschritten geben? Der Band eröffnet hier keine Diskussion, sondern stellt lediglich eine Bilanz vor. Spätestens hier fällt auf, daß sich kein Beitrag mit der

Vorstellung von Quellenbeständen in den norddeutschen Archiven befaßt oder sich methodische Gedanken über deren zukünftige Bearbeitung macht.

Neben dem thematischen Hauptteil und der Bestandsübersicht folgen noch die auch in früheren Jahrbüchern zu findenden Rubriken („Dokumentation“, „Meldungen“, „Verfolgten-Verbände und Gedenkstätten-Initiativen“, „Didaktik der Erinnerungsarbeit“, „Projekte, Forschungen und Archive“, „Tagungsberichte“, „Filme“), ein Besprechungs- und Annotationsteil sowie Hinweise auf die neuere Literatur. Die fortlaufende Bibliographie bleibt jedoch merkwürdig selektiv und unspezifisch. **Thomas Pusch**

KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrg.): Die frühen Nachkriegsprozesse. Bremen: Edition Temmen 1997. 233 S. (= Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland; Heft 3)

Kunst im Ostseeraum – Architektur und bildende Kunst 1933 bis 1945

Der Kulturraum Ostsee hat immer wieder gemeinsame Äußerungen in Architektur und bildender Kunst hervorgebracht. Seit dem Fall des „eisernen Vorhangs“ zwischen Ost und West vor einigen Jahren versucht auch die historische Forschung verstärkt, diese Region länderübergreifend darzustellen.

Mit ihrer Reihe *Kunst im Ostseeraum* verfolgen die Herausgeber Brigitte Hartel und Bernfried Lichtnau eben dieses Ziel. Nun haben sie den zweiten Band vorgelegt, der sich mit Architektur und bildender Kunst in den Jahren 1933 bis 1945 befaßt.

Im Blickfeld haben Hartel und Lichtnau vor allem den Nationalsozialismus in Deutschland und dessen Einfluß auf die Regionen des Ostseeraums. Es wird thematisch ein Bogen von den skandinavischen Ländern entlang der deutschen Ostsee bis zum Baltikum geschlagen. 17 Autoren beschäftigen sich mit Kunst und Kultur in Deutschland, Schweden, Dänemark, Lettland und Estland.

Wichtig war den Herausgebern laut Vorwort, den Zeitraum 1933 bis 1945 „möglichst objektiv und quellengetreu darzustellen, die Tatsachen und Realitäten durch diese Methode selbst spre-

chen zu lassen, tendenziöse geistige Haltungen [...] dabei zu vermeiden". Daß bei diesem Ansatz in den Einzelbeiträgen nicht immer der politische Aspekt im Vordergrund steht, sondern auch Bereiche eine Rolle spielen, die sich dem Einfluß des Nationalsozialismus mehr oder weniger entziehen konnten, ist legitim und führt unter anderem zu der Erkenntnis, daß es in Deutschland „Nischen“ gab, die von einer ideologischen Indiennahme weitgehend verschont blieben. Dies schildert sehr gut Jörn Barfod in seinen Ausführungen über die Königsberger Kunstakademie.

Parallel dazu wäre es aber notwendig gewesen, in angemessenem Umfang die radikalen Bestrebungen nationalsozialistischer Kulturpolitik darzustellen, die ihren wohl schrecklichsten Ausdruck in einer geplanten „Germanisierung“ des Ostens finden sollten, beispielsweise in einer „Entschandlung“ und Säuberung der „verpolten und verjudeten“ Stadtbilder, wie es der Kunsthistoriker Günther Grundmann 1944 formulierte. Diesem Aspekt wird im Sammelband *Kunst im Ostseeraum* kein Platz eingeräumt.

Auch die Strukturen und Zielsetzungen des ideologisch orientierten „Kulturschaffens“ werden an einigen Stellen nicht deutlich genug herausgearbeitet. Der Beitrag der polnischen Kunsthistorikerin Ewa Gwiazdowska-Banaszek, *„Echte deutsche“ oder „echte pommerische“ Kunst 1933 bis 1945*, stellt diese Bestrebungen nur unzureichend dar. Inhaltliche und formale Bildanalysen, die lediglich zu der Erkenntnis kommen, daß bereits vorhandene Tendenzen der Malerei in Pommern sich den neuen Forderungen seit 1933 einpaßten, „Stammeskunst“ gewissermaßen „zur Sprache des Bodens“ wurde und sich

die Idee von einer „echten deutschen“ Kunst durchzusetzen begann, erfaßt nur einen Teil des damaligen Geschehens im Bereich nationalsozialistischer Kulturpolitik.

Besser leistet Wolf Karge die Darstellung der Zusammenhänge; er hat sich mit bildender Kunst und Kunstpolitik in Mecklenburg befaßt. So kommt bei ihm der nicht unerhebliche Aspekt zur Sprache, daß bestimmte Kulturvereine sich unmittelbar nach der Machtergreifung freiwillig „gleichschalteten“. Karge sagt jedoch zu wenig über die Arbeit des Kampfbundes für deutsche Kultur und der Reichskulturkammer in den einzelnen Fachabteilungen, deren Vergleich untereinander eine exaktere Einschätzung der Wirkungsmöglichkeiten ideologischer Einflußnahme gestattet hätte.

Nicht ein Kunsthistoriker, sondern ein Literaturwissenschaftler zeigt von allen Autoren am deutlichsten auf, wie die Instrumentalisierung von Kultur im Dritten Reich funktionierte. Kay Dohnke, dessen Beitrag die ideologische Radikalisierung norddeutscher Regionalkultur zum Thema hat, arbeitet an prägnanten Beispielen heraus, wie der Nationalsozialismus die plattdeutsche Sprache für seine Zwecke funktionalisierte und wie auf der anderen Seite die niederdeutsche Szene sich den selbsternannten Herrenmenschen in sehr auffallender Weise anordnete.

Insgesamt betrachtet gelingt es dem vorliegenden Band leider nur schwer, Parallelen und Unterschiede in Kunst und Kultur der einzelnen Länder aufzuzeigen. Dies liegt nicht nur daran, daß sich das nationalsozialistische Gedankengut in den Regionen des Ostseeraums „recht unterschiedlich“ verbreitete, wie es im Vorwort heißt, sondern auch

an der bewußt gewählten geographischen Abfolge der Themen. Eine Unterteilung nach Architektur, Malerei, Kunstpolitik und anderen Bereichen wäre daher vielleicht sinnvoller gewesen.

Hinzu kommt, daß die Beiträge mehr oder weniger „isoliert“ verfaßt wurden. Zu unterschiedlich sind Ansätze und Zielstellungen der einzelnen Autoren. Der gewählte Zeitrahmen 1933 bis 1945 bezeichnet eine konkrete Phase in Deutschland und läßt sich auf andere Länder nicht ohne weiteres übertragen. Dies erklärt auch, daß einige Beiträge aus dem festgelegten Zeitabschnitt herausfallen. So befaßt sich Michael Lissok mit den Aspekten der Rezeption preußischer Landbaukunst in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, und Krista Kodres greift mit ihrer Untersuchung über das Problem des Dekorativismus in der sowjet-estnischen Nachkriegsarchitektur gar bis auf die Mitte der 50er Jahre vor. Somit wäre ein weniger scharf gefaßter Zeitraum dem Anliegen des Sammelbandes vielleicht dienlicher gewesen.

Unstrittig ist hingegen die Themenvielfalt und die Fülle unterschiedlicher Aspekte, die die einzelnen Autoren dem Leser präsentieren. Zu den beeindruckendsten Beiträgen gehören unter anderem Margrit Schimankes Untersuchung zum Ehrenmal für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs in Rostock-Warnemünde, Wulf Schomers Abhandlung zu den Rußlandzeichnungen des Malers Hans Möller-Porta sowie Ojars Sparitis Interpretationsversuch über das Autoritäre und die Ikonologie in der lettischen Kunst von 1920 bis 1940.

Nicht unerwähnt bleiben sollte die ausgezeichnete drucktechnische Qualität des Sammelbandes.

Thomas Scheck

Brigitte Hartel und Bernfried Lichtnau (Hrsg.): Kunst im Ostseeraum. Architektur und bildende Kunst von 1933 bis 1945. Frankfurt am Main: Peter Lang Europäischer Verlag 1997. 232 S. m. zahlr. Abb. (= Greifswalder kunsthistorische Studien, Bd. 2)

Himmlers Polizei und Heydrichs Elite

Der NS-Staat und die von ihm ausgeübte Terror- und Vernichtungspolitik hat eine Vielzahl von Forschungsfragen ausgelöst. Daß sich die Fragestellungen im Verlauf der Jahrzehnte veränderten, liegt in der Natur der Sache und gibt gleichzeitig viele Auskünfte über die jeweilige Zeit. Daß sich in Deutschland erst spät der Forschungsschwerpunkt auf die Dimension der NS-Vernichtungspolitik richtete, sagt beispielsweise bereits viel über die deutsche Vergangenheitsbewältigung aus. Es war offensichtlich ein gehöriger Abstand zum

NS-Staat nötig, um sich der Dimension der Verbrechen stellen zu können. Und es war ein nächster Schritt der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, sich mit dem Ausmaß der Beteiligung der Angehörigen der verschiedenen NS-Herrschaftsorganisationen am Holocaust zu beschäftigen. Das betrifft insbesondere die Institutionen, in denen NS-Täter den demokratischen Neuaufbau nach 1945 organisierten, wie beispielsweise Justiz und Polizei.

Daher ist es zwar zu bedauern, daß erst jetzt die Polizei in den Blickwinkel

der Forschung gelangt, liegt aber in der Natur der Sache. So sind in jüngerer Zeit verschiedene Untersuchungen zur Polizei im NS-Staat vorgelegt worden. Bei Schöningh erscheinen seit ein paar Jahren in der Sammlung zur Geschichte und Gegenwart verschiedene Studien, die die Protagonisten des Holocaust im SS- und Polizeiapparat eingehender darstellen. Die beiden hier vorzustellenden Bücher beschäftigen sich einerseits mit der Polizei im NS-Staat insgesamt, und andererseits mit dem Führerkorps der Sipo und des SD, also den Offizieren von Gestapo, Kripo und dem Sicherheitsdienst der SS.

Die Darstellung von Friedrich Wilhelm *Die Polizei im NS-Staat* gibt einen Gesamtüberblick über die Polizei von 1933-1945. Der Untertitel „Die Geschichte ihrer Organisation im Überblick“ ist hier Programm. Es handelt sich nicht um eine Vertiefung. Das Buch hat vom Aufbau her Handbuchcharakter und – um es gleich zu sagen – einen eingeschränkten Blickwinkel.

Bei Wilhelm erfährt man, wann sich welche organisatorischen Veränderungen bei der Polizei vollzogen, wie sich die Zuständigkeiten wandelten. Das Buch enthält eine Vielzahl von Übersichten und Kurzbiographien von höheren Polizeiführern.

Wer nach den Hintergründen der organisatorischen Entwicklung der Polizei im NS-Staat fragt, wird hier kaum fündig. Die Konsequenzen der polizeilichen Arbeit im Nationalsozialismus werden hier ebenfalls kaum thematisiert. Doch ohne die Aufgabenveränderung der Polizei im NS-Staat weitreichender zu thematisieren, fehlt schlicht eine wesentliche Erklärung der organisatorischen Veränderungen. Zwar wer-

den beispielsweise in einem Kapitel die am Holocaust direkt beteiligten Polizeieinheiten von Wilhelm aufgeführt. Ein derartiger Fokus tendiert allerdings dazu, die „normale“ Polizeiarbeit im „Osteinsatz“ zu verharmlosen – immerhin war der sogenannte „Bandeneinsatz“, in dem sich die Ordnungspolizeieinheiten im Regelfall befanden, in seiner Konsequenz nichts anderes als Massenmord.

Die Quellen, mit denen Wilhelm arbeitet, sind im wesentlichen die Organisationsbefehle und Anordnungen aus dem NS-Polizeiapparat. Damit ergibt sich die Schwierigkeit, daß eine Begrifflichkeit – gerade in Zitaten – benutzt wird, deren Sinn die Verschleierung von Verbrechen bzw. die Abqualifizierung von NS-Opfern ist. Leider baut Wilhelm hier nicht die nötige Distanz zum NS-Vokabular auf. Ein Beispiel: Auf Seite 81 wird die Neuordnung der Kriminalpolizei dargestellt. Dabei werden die verschiedenen „Reichszentralen für die Bekämpfung spezieller Verbrechenarten“ (Wilhelm) genannt. In der Anmerkung werden diese im einzelnen und in der Sache richtig aufgeschlüsselt – mit dabei ist die „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“. „Zigeuner“ sind aber keine „spezielle Verbrechenart“, hier versäumt Wilhelm, eine Distanz zu den übernommenen Begriffen aufzubauen.

Dennoch gibt das Buch von Wilhelm insgesamt einen guten Überblick über die Polizeientwicklung im NS-Staat, wie sie bisher noch nicht vorlag. Die letzte Veröffentlichung zum Thema stammt von Hans Buchheim, ist 1964 erschienen und inzwischen doch etwas überholt.

Einige der Fragen, die bei Wilhelm unbearbeitet bleiben, werden von Jens

Banach beantwortet. Er hat in einem enormen Arbeitsaufwand die Herkunft und Sozialisation des gesamten Führerkorps der Sicherheitspolizei (Sipo) und des SD (Sicherheitsdienst) der SS zusammengetragen. Hieraus entwickelt er eine Kollektivbiographie der Sipo- und SD-Führer. Damit schließt er eine Forschungslücke in einem Bereich, in dem bisher viel spekuliert wurde.

Wer waren die Organisatoren des Holocaust? Wir kennen einzelne Namen und ihre Lebensläufe. In ihrer Gesamtheit sind sie uns bisher unbekannt. Wie war eine so große Anzahl von Männern – um die geht es hier ausschließlich – imstande, derart technokratisch den Massenmord zu organisieren und durchzuführen?

Banach tastet sich in zwei Teilen, „Formierende Kräfte I und II“, an die Denkstrukturen der Führerschaft von Sipo und SD heran. Im ersten Teil untersucht er Herkunft und Sozialisation. Er sucht hier Häufungen in der Altersstruktur und der sozialen Herkunft. Wo waren die gemeinsamen Prägungen in der Kindheit, in welchem Alter wurde der Erste Weltkrieg erlebt, und welche sozialen Deklassierungen schuf die Weimarer Zeit? Das Gros der Sipo- und SD-Führer war nach 1900 geboren, also zu Beginn des Zweiten Weltkriegs in den Dreißigern und hatte entsprechend am Ersten Weltkrieg nicht teilgenommen, also die legendäre „Frontprägung“ nicht erhalten. Damit unterschieden sie sich deutlich von den SA-Führern oder anderen NSDAP-Funktionären.

Ihre Jugend erlebten sie in der Weimarer Republik, die Masse hatte studiert (in der Mehrzahl Jura) und bekam aufgrund der Wirtschaftskrise zu Ende der Weimarer Republik meist erst im

NS-Staat eine gesicherte berufliche Perspektive. Die Mehrzahl entstammte der aufstrebenden Mittelschicht des Kaiserreichs, erlebte Weimar demnach als eine Zeit der sozialen Deklassierung.

Im zweiten Teil der „formierenden Kräfte“ stellt Banach die Ideologie und Elitebildung dar. Hier zeigt er auf, wie diese „zu spät Gekommenen“ das fehlende Kriegserlebnis durch eine Übersteigerung des Wertesystems der Frontgeneration des Ersten Weltkriegs kompensierten:

„Der Kampf erforderte >Härte<, Härte sich und anderen gegenüber. Härte bedeutete zum einen die soldatische Komponente, antrainiert während einer militärischen Ausbildung, u.U. gnadenlos bis zur Zerstörung von persönlicher Eigenständigkeit und zum anderen die weltanschauliche Komponente. Auch diese war inhuman und gnadenlos, entsprang sie doch der nationalsozialistischen Weltanschauung; sie forderte Gefühllosigkeit, Unbarmherzigkeit und Unmenschlichkeit gegenüber allen Gegnern. Mit der unbedingten Härte hob man sich gegenüber denjenigen ab, die diese Einstellung nicht aufbrachten.“ (S. 93).

Dieser Gefühlshaushalt der Sipo- und SD-Führerschaft wurde in dem Elitedenken der Ordensgemeinschaft gebündelt, einer Ordensgemeinschaft, die sich als gesonderte Elite innerhalb des SS-Ordens sah.

Es gibt allerdings – Banach führt umfangreiche Vergleiche durch – erhebliche Unterschiede innerhalb des Führerkorps, die weitgehend in der institutionellen Entwicklung von Sipo und SD liegen. So mußte Reinhard Heydrich bei den staatlichen Polizeizweigen, also der Gestapo und Kripo, einerseits Rücksichten auf die fachliche Qualifikation

der leitenden Beamten nehmen, die sich nicht ohne weiteres aufbauen ließ. Andererseits gab es auch die Personalknappheit und das Vorhandensein alter leitender Beamter, die eine Formung des Führerkorps in diesen Polizeizweigen nicht zuließen, wie es beim SD der Fall war. Das führte zu Abstufungen: Während die SD-Führer am weitgehendsten dem Idealtypus von Heydrichs Vorstellungen entsprachen, waren die Kripo-Offiziere mehrheitlich erheblich älter und anders sozialisiert. Der Verschmelzungsprozeß von Kripo, Gestapo und SD war erst Ende der dreißiger Jahre in der Ausbildung begonnen worden und wurde durch die Personalknappheit im Krieg zusätzlich gebremst, so daß er zu Kriegsende noch weit vom Ziel entfernt war.

Banach skizziert das Ziel des künftigen Staatsschutzkorps des NS-Staates anhand der Entwicklung der Inspekteure von Sicherheitspolizei und SD sowie anhand der Personalpolitik und die Entwicklung der Ausbildungsrichtlinien

und künftigen Laufbahnplanungen. Auf diese Weise ist nicht nur zu erfahren, woher die Sipo- und SD-Führer kamen, sondern auch, wohin die Entwicklung des Führerkorps zielte.

Leider bleiben doch ein paar Schönheitsfehler zu vermelden. So führt die statistische Auswertung der Gesamtuntersuchungsgruppe zu einem Mangel an Anschaulichkeit, der leider durch die umfangreichen tabellarischen Aufstellungen verstärkt wird. Das ändert aber nichts daran, daß *Heydrichs Elite* ein wichtiges Grundlagenwerk ist für alle, die sich mit den Tätern des NS-Staates beschäftigen.

Stephan Linck

Friedrich Wilhelm: Die Polizei im NS-Staat. Die Geschichte ihrer Organisation im Überblick. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh 1997.

Jens Banach: Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936-1945. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh 1998.

Zum Widerstand, nicht nur in Wedel

Aspekte über den Widerstand der NS-Opposition in Schleswig-Holstein sind in den zurückliegenden Jahren vermehrt an die Öffentlichkeit gelangt. Lokalhistorische Monographien, wie z.B. die 1991 erschienene akribische Arbeit von Elke Imberger, sind selten, dennoch finden sich heute in zahlreichen Lokalstudien zum Nationalsozialismus Hinweise auf das Thema.

Wedel liegt am westlichen Ende der Hamburger S-Bahnlinie 1. Ob es zu Hamburg oder Schleswig-Holstein gehört, ist heute wahrscheinlich eher eine

Frage des sozialen Status als der geographischen Zugehörigkeit. Die Ereignisse, die Christine Pieper untersucht hat, fanden aber zu einer Zeit statt, als Wedel noch nicht der Elbvorort der wohlhabenden Hamburger war und Altona noch zu Schleswig-Holstein gehörte. Sie beschreibt den Widerstand in einem damals als „rot“ geltenden Örtchen, welches neben der traditionellen ländlichen Struktur einzelne große Industriebetriebe aufzuweisen und im Zuge der Industrialisierung auch die typischen Organisationen der Arbeiterbe-

wegung hervorgebracht hatte.

Mit der Veröffentlichung von Piepers Magisterarbeit wurde der NS-Forschung in Schleswig-Holstein (und auch dem Hamburger Umland) ein anerkannter Dienst erwiesen, zumal die Gesamtgestaltung gefallen mag. Lobenswert ist das Orts- und Personenregister, auf das andere meinen verzichten zu können. Im Format 22 x 22 cm und durch die Reservierung des üppigen Seitenrandes für Fotos und Abbildungen ist ein gefälliges Äußeres entstanden (immerhin 25 Illustrationen und acht Tabellen wurden untergebracht).

Was erwartet der Rezensent von einer Lokalstudie mit dieser Themenstellung? Sie sollte verschiedene inhaltliche und methodische Bereiche abdecken. Einerseits als empirische Grundeinheit der Forschung umfassenderen Überblicksdarstellungen vorarbeiten und einen Kontext zwischen dem konkreten Ort des Geschehens (Wedel) und den allgemeinen, überregionalen Prozessen der Geschichte herstellen. Andererseits kommt Lokalstudien die wichtige didaktische Funktion zu, Geschichte vor Ort erfahrbar zu machen und ihrer besten Aneignung zuzuarbeiten.

Kann die Autorin herausarbeiten, daß es in Wedel spezifische Bedingungen des Widerstands gab? Ohne Einschränkung kann ihr bescheinigt werden, daß sie dieses leistet und für die LeserInnen zukünftig eine fundierte Auseinandersetzung mit der lokalen Geschichte in Wedel ermöglicht. Nicht nur in dieser Hinsicht ist die zu Grunde liegende Magisterarbeit lesens- und auf alle Fälle auch sehenswert!

Die Autorin verortet ihren Beitrag als Widerstandsforschung „von unten“ und bezieht sich in ihrer Interpretation auf

erfahrungsgeschichtliche Ansätze, insbesondere auf die etwas älteren Darlegungen von Detlev Peukert (die Forschungsdiskussion „nach Peukert“ wird von ihr recht knapp diskutiert).

Methodisch folgt sie Klaus-Michael Mallmanns Arbeitshypothese vom Konzept eines „parteiübergreifenden links-proletarischen Milieus“. Dieses Konzept ist sehr kontrovers rezipiert worden. Mallmann konnte in seiner Arbeit *Kommunisten in der Weimarer Republik* nachzeichnen, daß die Bilder von einer scharfen Trennlinie zwischen KommunistInnen und SozialdemokratInnen trügen. Lokal schlugen sich die großen „Umschwünge“ in der KPD („Sozialfaschismus-These“) nur sehr begrenzt nieder, und ein „links-proletarisches Milieu“ war nicht auf die Ausdifferenzierung in KPD und SPD angewiesen. Ob sich dieses links-proletarische Milieu im Bezirk „Wasserkante“ so nachzeichnen ließe, wagt der Rezensent jedoch auch vor der Lektüre von *Widerstand in Wedel* zu bezweifeln, denn die Bedingungen hier (Schifffahrt, Syndikalismus u.a.) weichen von denen in Mittel- und Süddeutschland deutlich ab, auf die Mallmann in seiner Darstellung ausgeprägter Bezug nimmt.

Die Verwendung von überregional zu erschließenden Quellen – neben den Entschädigungsakten in Schleswig sind hier Bestände des vormaligen BDC und der *Stiftung* im Bundesarchiv angesprochen – geht deutlich über den zumutbaren Aufwand für eine Magisterarbeit hinaus. Pieper hat sich diesen aber dennoch zugewendet, weil ihr Anspruch, kollektiv-biographische Bilder als Teil einer Sozialgeschichte des Widerstandes auf Grundlage der lokalen Sozialstruktur zu erstellen, mit lokalem Mate-

rial allein nicht einlösbar gewesen wäre. Wenn trotz der Verwendung von überregionalen Quellen dieses Ansinnen so nicht umgesetzt werden konnte, dann beschreibt dies lediglich den üblichen wissenschaftlichen Lernprozeß, daß – leider – nicht alle relevanten Fragen mit dem vorhandenen Quellenbestand zu lösen sind.

Dennoch vermittelt die Autorin eine Fülle von sozialstrukturellen Merkmalen, die sie durch die Darstellung von Einzelbiographien verdeutlicht. Die Nichteinlösung des eigenen Ansatzes soll aber keine allein negative Kritik sein, sondern kritisiert vielmehr diejenigen, die immer exakt die Hypothesen aufstellen, die sie dann im Text belegen – mithin genau das herausfinden, was sie herausfinden wollten und in einer allein narrativen Geschichte verhaftet bleiben.

Die Gliederung des Bandes hält einen Kunstgriff bereit: Der Abschnitt „Forschungsstand“ (S. 52-54) und „Quellenlage“ (S. 54-56) ist der eigentlichen Darstellung hintangestellt. Ein mühsames Überblättern vermeintlich spröder Bestandteile zu Beginn des Lesens entfällt so und gewährleistet einen hinderisärmeren Einstieg in den Text; dennoch kann den darüber hinaus Interessierten die Sichtweise der Autorin zur Quellenlage und zum Forschungsstand nahegebracht werden. Genauso wie diese Umstellung noch sehr auf den Charakter der Arbeit als Magisterarbeit verweist, zeigt sich auch in der Übernahme der Kapitelüberschriften („Vorgehensweise“ u. a.) eine unnötig starr wirkende Vorsicht in der Diktion.

Positiv fällt aus, daß die Autorin den Widerstand in Wedel (bzw. die Organisation der NS-GegnerInnen) im konkreten Kontext der lokalen Machterlan-

gung aufzeigt und damit herausstellt, wie wenig anonym die Gesellschaft eines kleinen Ortes sein konnte und welches Risiko dies für die Opposition bedeutete.

Die zeitliche Begrenzung der Darstellung auf den Zeitraum von 1933 bis 1935 leitet sich aus dem im November 1935 geführten Prozeß gegen eine Widerstandsgruppe von Sozialdemokraten in Wedel ab. Mit diesem Prozeß war der organisierte, nach außen gerichtete Widerstand zum Erliegen gekommen.

Im zentralen Darstellungsteil (S. 30-48) dokumentiert Pieper akribisch die Widerstandsaktivitäten aus den Reihen der Arbeiterbewegung mit dem Schwerpunkt auf der stärkeren Exponierung der KPD. Für einen Moment möchte man innehalten und sich fragen, ob die Autorin die Geschichte des Widerstandes mit der Beschreibung eines jeden einzelnen Flugblatts verwechselt und damit die Kardinalfehler anderer Arbeiten macht. Da sie aber wieder auf ihre Analyseebene einer Sozialgeschichte des Widerstandes zurückkommt, macht sie deutlich, daß sie diesen Unterschied sehr wohl erkannt hat.

Der dokumentarische Teil über den Widerstand von KPD und SPD kann überzeugen. Ihn wiederzugeben hieße, das Buch nachzuerzählen. Piepers spezielle Annäherung an die Widerstandsaktivitäten und den ihn begrenzenden Rahmen der lokalen Bedingungen herauszuarbeiten glückt, und zwar nicht auf Grundlage des heutigen „Besserswissens“ sondern darauf, daß sie eine Milieubeschreibung vornimmt, die letztendlich den damaligen Organisationen gut zu Gesicht gestanden hätte. Die Gründe des Scheiterns eines aktiven Widerstandes leitet sie aus den Binnen-

probleme der Organisationen, der lokalen Sozialstruktur und der Wechselwirkung mit dem Verfolgungsapparat ab. Interessant ist, daß es nur in Ausnahmefällen zu gemeinsamen Aktivitäten von Sozialdemokraten und Kommunisten kam (ein Fall einer engen Nachbarschaftsbeziehung, ein in dieser Weise für Schleswig-Holstein neues Erklärungsmuster), mithin sich das „linksproletarische Milieu“ im Moment der Illegalität nicht zeigte.

Einzig bei Interpretationen, wie bspw. zu einer Verpflichtungserklärung eines Verfolgten bei der Polizei (er wolle „am Aufbau des neuen Staates [...] mitarbeiten“, S. 30), wäre zur Vorsicht zu mahnen. Solche Erklärungen hat man unterschrieben oder unterschreiben müssen; sie allein sind aber kein Beleg für irgendeine Haltung, bestenfalls ein Indiz. Treffend ist aber die Beschreibung, daß die Arbeiterbewegung sich nach einer gewissen Zeit mit dem „neuen Staat“ durchaus einrichtete.

Ihre Schlußbetrachtung zeigt, daß die milieu-bezogene Forschung sehr wohl geeignet ist, lokalen Arbeiterwiderstand im NS zu erklären. Sie verdeutlicht uns, daß der Arbeiterwiderstand nicht von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wurde und den NS-Staat auch in seiner Anfangsphase nicht im mindesten gefährdete.

Leider geht die Autorin nicht auf die Binnenstruktur des Bezirks „Wasserkante“ der KPD ein. Inwieweit sich die hier abspielenden Konflikte in der Provinz widerspiegeln, bleibt eine offene, aber doch in jedem Fall zu stellende Frage. Dennoch: Man darf der Autorin nicht vorhalten, sie hätte keine Geschichte der Bezirksleitung (BL) geschrieben – das war auch nicht ihre

Aufgabenstellung. Nur indirekt berührt sie dieses Thema, indem sie herausstellt, daß einzelne Aktivitäten der KPD-Genossen autonom von der BL entstanden und die Instrukteure der BL geradezu als Fremde an die Genossen vor Ort herantraten. Sie thematisiert aber die politische Blindheit der Instrukteure und die Realitätsferne der Politik (S. 47).

Mit einem Stirnrundeln mag man sich dem Verhältnis von Textanteil (49 von 94 S.), Anmerkungsapparat (20 S. mit 541 Fußnoten) und Literaturanhang (7 S.) zuwenden. Daß die Autorin in ihrer Magisterarbeit Fleiß und Gründlichkeit dokumentieren muß, mag jeder verstehen, der oder die selbst einmal diese Hürden genommen hat. Aber: Wie lange müssen ExamenskandidatInnen noch beweisen, daß sie in der Lage sind, die Fußnotenfunktion ihres Textverarbeitungsprogrammes mit einem Mausklick zur passenden (oder unpassenden) Situation aufzurufen? Diese Frage richtet sich nicht an Piepers Arbeit allein – nur hier fällt das Verhältnis von wirklich einladender äußerer Präsentation und lästigen Fußnotenstolpersteinen im Text auf. Wissenschaftlichkeit hat die Autorin bewiesen, Wissenschaftlichkeit zeichnet sich aber nicht durch 541 Fußnoten aus. Wieviele Fußnoten darf ein zweizeiliger Satz haben? Zwei, drei, vier, fünf oder mehr?

Aus der Quellenkenntnis des Rezensenten kann der Autorin nicht vorgehalten werden, daß sie relevante Bestände im historischen Archiv der KPD übersehen hat – wahrscheinlich waren ihre Erwartungen hier etwas zu groß. Aus den Instrukteurs- und Lageberichten der illegalen Abschnittsleitung-Nord (ALN) gehen allerdings häufiger Wedel betreffende Hinweise hervor. Eine Aus-

wertung dieser Berichte ist bisher nicht geschehen (mindestens 40 Monatsberichte von 1936 bis 1939 sind überliefert) und hätte eine eigene, lohnenswerte Magisterarbeit hervorgebracht.

Mutig und konsequent ist es, wenn die Autorin im Abschluß der Arbeit selbstkritisch festhält, daß die Forschungshypothese des „links-proletarischen Milieus“ (Mallmann) sich nicht unbedingt hat einlösen bzw. auf Grund der Quellenlage umsetzen lassen. Gelegentlich möchte man ihr zurufen, daß sie ihre Betrachtungen selbstbewußter vortragen dürfte. Lobenswert ist auch, daß Pieper die RezipientInnen stets über die Grenzen des Forschungsprozesses informiert. Es wäre zu hoffen, daß dies bei der Bewertung ihrer Magisterarbeit positiv anerkannt wurde.

Für eine Magisterarbeit hat Christine Pieper hier aber einen Standard vorgelegt, der anderen Arbeiten – und gewiß nicht nur Magister- und Staatsexamensarbeiten – gut anstünde. Man mag darüber uneinig sein, ob die Darstellung des Forschungskontextes gründlicher hätte ausfallen dürfen, sollte aber respektieren, daß eine Magisterarbeit ein Produkt ist, welches sich in einem Zeitraum von max. einem Jahr erstellen lassen sollte (vorgesehen sind ohnehin nur

sechs Monate).

Es kann kein Zweifel daran bestehen, das sechs bis acht weitere Lokalstudien zum politisch motivierten Widerstand in Schleswig-Holstein und einzelne speziell zum Widerstand in der Seeschifffahrt eine flächendeckende Grundforschung bereitstellen würden. Von einer Zusammenfassung dieser Einzelarbeiten könnten neue Erkenntnisse erwartet werden, welche die vorschnellen und unkritischen „Draufsichten“ auf das Thema in Frage stellte. Denn diese „Draufsichten“ aus der Vogelperspektive desjenigen, der weiß, welchen Verlauf die Geschichte genommen hat, ist in der Regel mehr Reflex aktueller Befindlichkeiten der Forschenden und ihrer Gesellschaft – das hat das Thema Widerstandsforschung in seinen Konjunkturen im besonderen Maße bewiesen (und die Autorin auch klargestellt).

Thomas Pusch

Christine Pieper: Widerstand in Wedel. Sozialdemokraten und Kommunisten gegen den Nationalsozialismus 1933-1935. Hrg. von der Stiftung zur Förderung von Kunst und Kultur der Stadt Wedel. Hamburg: Dölling und Galitz Verlag 1998. 95 S. (= Beiträge zur Wedeler Stadtgeschichte; Bd. 2)

Die Heyde/Sawade-Affäre aufgearbeitet

Der Heyde/Sawade-Skandal hat Schleswig-Holstein drei Jahre lang erschüttert. Fassungslos stand die Öffentlichkeit 1959 vor der Tatsache, daß der mit Haftbefehl gesuchte und im Fahndungshandbuch ausgeschriebene NS-Massmörder Prof. Dr. Werner Heyde – oberflächlich getarnt unter dem falschen Na-

men Dr. Fritz Sawade – in Flensburg eine neue Karriere hatte aufbauen können. Mit Erschütterung nahm man die breite Solidarität zur Kenntnis, auf die er sich hatte stützen können. Denn seine tatsächliche Identität und seine Verstrickung waren in seinem persönlichen und beruflichen Umfeld ein weithin of-

fenes Geheimnis.

Was wurde ihm vorgeworfen? Prof. Dr. Werner Heyde, Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, hatte den unter dem Deckmantel der Euthanasie verübten nationalsozialistischen Massenmord an Behinderten an maßgeblicher Stelle mitorganisiert. Von Mai 1940 bis Dezember 1941 war er Leiter einer Tarnbehörde der „Kanzlei des Führers“, der „Zentraldienststelle T 4“ und ihrer (Medizinischen) Abteilung I, gewesen. Als einer der „Obergutachter“ hatte er selbst über Leben und Tod entschieden. Insgesamt wurde ihm Mitschuld an der Ermordung von mehr als 100.000 Menschen zur Last gelegt.

Um die Angehörigen der Opfer und die Öffentlichkeit zu täuschen, gab es in Heydes Dienststelle eine „Absteckabteilung“, die die Herkunftsorte der Totgeweihten kartierte und durch gezielte Planung der Sterbetage sicherstellte, daß es nicht zu auffälliger örtlicher und zeitlicher Häufung von Todesfällen kommen konnte. Die „Trostbriefabteilung“ verschickte die Todesmitteilungen an die Angehörigen mit fiktiver Unterschrift und falschen Angaben zur Todesursache, die auf die Krankengeschichte und die Konstitution des Mordopfers abgestimmt war. Der verbrecherische Zynismus, mit dem Heydes Verwaltung die „Aktion T 4“ durchgeführt hat, ist bemerkenswert.

SS-Standartenführer Prof. Heyde wurde 1945 kurz vor Kriegsende mit seiner Würzburger SS-Lazarettabteilung nach Grästen/Dänemark verlegt und geriet dort in britische Gefangenschaft. Bis 1947 wurde er in den Civil Internment Camps Neumünster-Gadeland und Eselsheide bei Paderborn festgehalten. Seine Lage spitzte sich dramatisch zu,

als das Landgericht Frankfurt/M. am 29. Oktober 1946 einen Haftbefehl wegen Mordes gegen ihn erließ.

1947 sollte Heyde im Nürnberger Ärzteprozeß als Zeuge aussagen. Auf dem Transport nutzte er die Unachtsamkeit des Wachpersonals und floh. In Kiel verschaffte er sich auf dem Schwarzmarkt falsche Papiere auf den Namen Dr. Fritz Sawade, arbeitete ein Jahr als Gärtner und fand dann Unterkommen in Flensburg. Mit Unterstützung von Fachkollegen gelang es ihm dort, sich eine Existenz als nervenärztlicher Sachverständiger bzw. Gutachter für Landesversicherungsanstalt, Versorgungsamt und Arbeitsamt Flensburg, Berufsgenossenschaften, Sozialgericht Schleswig, Landessozialgericht und viele andere Institutionen aufzubauen. Ungeheurerlicherweise hatte er, der ehemalige SS-Arzt, auch Überlebende von KZ-Haft zu begutachten und mitzuentcheiden, ob ihnen Entschädigung für erlittene Verfolgungsschäden zustehe.

Seine Gutachter Tätigkeit war so einträglich, daß er ein Haus erwerben und Kraftfahrzeuge halten konnte, zuletzt einen „Borgward Isabella TS“ aus der gehobenen Preisklasse. „Dr. Sawade“ wirkte neun Jahre lang, bis ein Professor an der Medizinischen Fakultät der Universität Kiel seine Entlarvung veranlaßte. Aufgefordert, seine Approbationsurkunde dem Amtsarzt in Flensburg vorzulegen, verließ Heyde/Sawade die Stadt. Schließlich stellte er sich den Behörden, wurde in Untersuchungshaft genommen und beging Selbstmord, bevor sein Strafverfahren eröffnet werden konnte.

Klaus-Detlev Godau-Schüttke hat die Geschichte des Skandals nachgezeichnet und die politischen Bedingungen in

Schleswig-Holstein analysiert, die ihn möglich gemacht haben. 1950 war das politische Klima einer kritischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nicht günstig. Die Landtagswahl dieses Jahres hatte einen Rechtsrutsch ergeben und dem reaktionären „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ Regierungsbeteiligung eingebracht. „Entrechtet“ war das euphemistische Etikett im Parteinamen für ehemalige Nationalsozialisten, die das bürokratische Verfahren der „Entnazifizierung“ durchlaufen hatten. Vorsitzender dieser Partei war der ehemalige SS-Hauptsturmführer Waldemar Kraft. In der Presse wurde die neugebildete Landesregierung kritisch als „Koalition aus SA, SS und NSDAP“ angesprochen.

Im selben Jahr stellte die Kieler Staatsanwaltschaft ihr Ermittlungsverfahren zur Durchführung der sogenannten Euthanasie in Schleswig-Holstein ein. Godau-Schüttke arbeitet heraus, daß die Ermittlungen nicht mit der gebotenen Nachdrücklichkeit und Sorgfalt geführt worden sind. An rückhaltloser Aufklärung hatte die Verfolgungsbehörde kein Interesse, weil Gefahr bestand, aufdecken zu müssen, daß die Justiz 1941 offiziell zur Mitwisserin der „Euthanasie“-Verbrechen gemacht worden ist und die rechtswidrige Anweisung erhalten und befolgt hat, auf das Anstaltsmordprogramm bezogenen Anzeigen aus der Bevölkerung nicht nachzugehen.

Godau-Schüttke diskutiert die Personalpolitik verschiedener schleswig-holsteinischer Ministerial-, Justiz- und Gesundheitsverwaltungsbehörden der Nachkriegszeit und belegt detailliert die ausgeprägte „Renazifizierungstendenz“. Viele Beamte und Richter waren während

des Zweiten Weltkriegs an nationalsozialistischen Gewaltverbrechen im „Osteinsatz“ oder am Justizterror dieser Periode beteiligt. Aufgrund solcher biografischen Hintergründe konnten diese Amtsträger nach 1945 kein Interesse haben, die Ahndung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen zu fördern. Im Gegenteil: Für einen Täter wie Heyde/Sawade wirkte sich das Beziehungsgeflecht der Verstrickten begünstigend aus.

Die Bilanz der strafrechtlichen Aufarbeitung des Heyde/Sawade-Skandals ist katastrophal. Die Mitwisser, die Heyde/Sawade gedeckt und begünstigt haben, sind unbestraft davongekommen. Zwei Verurteilungen hat es gegeben: gegen Heydes Ehefrau wegen Betrugs, weil sie sich fälschlich als Witwe ausgegeben und dadurch eine Hinterbliebenenrente erschlichen hatte, und gegen den kritisch berichtenden Reporter Volkmar Hoffmann der *Frankfurter Rundschau* wegen Beleidigung.

Godau-Schüttkes Untersuchung ist auf qualifiziertes Publikum abgezielt. Seine Schilderung der relativ komplizierten Vorgänge und Zusammenhänge und die vielen eingeführten Personen stellen Anforderungen an das Konzentrationsvermögen der Leserschaft. Impionierend ist die Menge des verarbeiteten Archivmaterials des Landtages, der Landesministerien für Justiz und Soziales, der Staatskanzlei, der Generalstaatsanwaltschaft in Schleswig und der Staatsanwaltschaften in Flensburg und Kiel. Zur Klärung der Beamten-, Mediziner- und Richterbiografien sind Akten des ehemaligen Sondergerichts Kiel und der ehemaligen Marinejustiz herangezogen worden, außerdem Unterlagen der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung

nationalsozialistischer Verbrechen" in Ludwigsburg.

Klaus-Detlev Godau-Schüttke ist Richter in Itzehoe und hat sich mit kritischen Forschungen zum historischen Versagen seines Berufsstandes in der jüngeren Geschichte einen Namen gemacht. Sein erstes Buch mit dem sarkastisch-ironischen Titel *Ich habe nur dem Recht gedient* über das Scheitern der Entnazifizierung der schleswig-holsteinischen Justiz nach 1945 (Baden-

Baden 1993) und seine hier vorgestellte Darstellung der Heyde/Sawade-Affäre sind wertvolle Beiträge zur politischen Geschichte unseres Landes.

Reimer Möller

Klaus-Detlev Godau-Schüttke: Die Heyde/Sawade-Affäre. Wie Juristen und Mediziner den NS-Euthanasieprofessor Heyde nach 1945 deckten und straflos blieben. Baden-Baden: Nomos Verlag 1998. 337 S.

Suche nach Motiven, Frage nach Verantwortung

Im dritten Kreis der Hölle wurde die „Vernichtung durch Arbeit“ befohlen. Auschwitz III war im System des industriell organisierten Massenmordes der Teil der Todesmaschine, in dem die zuvor an der Rampe selektierten und nicht sofort zum Gas bestimmten Todeskandidaten für die Kriegsproduktion restlos ausgepreßt wurden. Auschwitz III, das war die Vernichtung im Industriekomplex der Monowitz-Buna-Werke mit einigen randständigen Lagern, zu denen auch das Lager „Fürstengrube“ gehörte. Dort ließ die IG Farben Kohle abbauen, um daraus Benzin für ihre Kriegsmaschinerie zu gewinnen.

Als diese Todesmaschine auf Hochtouren lief, schufteten 1.300 Sklaven in „Fürstengrube“. Etwa 85 bis 90 Prozent von ihnen waren Juden. Die nationale Zusammensetzung der Häftlinge schwankte stark, denn die Vernichtungsgeschwindigkeit war enorm. Es waren wohl in erster Linie polnische und ungarische Juden, gefolgt von Juden aus Belgien und den Niederlanden, die sich im „Warteraum ins Gas“ (Auschwitz-Hefte) aufhielten. Nur die Robustesten

hielten Hunger, Sklavenarbeit, Folter, Beleidigungen längere Zeit aus.

Einige wenige hatten die Möglichkeit, besondere Überlebenstrategien anzuwenden, um dem Geruch des Todes zu entkommen. Denn mitten im Inferno gab es eine kleine Idylle, eine „Gartenlaube“ (G. Hoch). Sie gehörte dem Bedienungspersonal der Todesmaschine. Darunter waren mordlustige, sadistische Quäler wie der erste Lagerführer in Fürstengrube, Otto Moll. Es gab jedoch auch beunruhigend viele Durchschnittsmenschen nach der Art von Rudolf Höss, bei denen sich die Arbeit als Massenmörder nicht mit persönlicher Grausamkeit und teuflischem Sadismus verband. Sie waren im privaten Umgang wenig böseartig und roh, sondern kunst- und ordnungsliebend, pflichtbewußt, vielleicht mit einem Hang zur Romantik.

Der Bauernsohn Max Schmidt aus Sarau (bei Ahrensböök in Ostholstein) scheint von dieser Art gewesen zu sein. Er baute mit Bedacht und weiser Voraussicht eine Kulturecke in seiner „Gartenlaube“ auf. Musiker, Komponisten, Sänger und Schauspieler bekamen die

Chance, Abwechslung in das öde Tagesgeschäft der Mörder zu bringen. Mitten im dritten Kreis der Hölle spielte ein Orchester, komponierte ein Musiker Operetten, führte man in einem Theatersaal Lustspiele auf. „Man erlebte den Lagerführer, die SS, auch den Lagerältesten, nicht mehr als Schinder und unmittelbar persönliche Bedrohung, sondern als beifallspendendes Publikum, als Versorger mit mancherlei Annehmlichkeiten, als schützende Hand, die, wenngleich blutig, ihnen jedenfalls das Leben schenkte, die Zukunft offen hielt“, schreibt Gerhard Hoch (S. 71).

Als das Ende des Naziregimes vor der Tür stand, begannen im Januar 1945 die Todesmärsche der Arbeitssklaven. 1.200 Häftlinge aus Fürstengrube marschierten – begleitet von Lagerführer Max Schmidt auf dem Motorrad – nach Gliwice. Jeder, der nicht mithalten konnte, wurde sofort erschossen. Nur noch 180 Häftlinge kamen schließlich am Ende der 2. Etappe, einem Transport in offenen Kohlenwaggons, in Nordhausen an. Unter ihnen auch die Musiker und Theaterleute und begabte Handwerker, die den Nazischergen gute Dienste leisten konnten.

Auf der nächsten Station, in Blankenburg (Harz), wo die Häftlinge zur Zwangsarbeit in einem Bauunternehmen getrieben wurden, spielte schon wieder eine Lagerkapelle. Und während die Befreier immer weiter vorrückten, konzentrierten die Peiniger die Häftlingsströme zu einem weiteren Todesmarsch in Richtung Magdeburg. Dort wurden etwa 1.000 Menschen in einen Schleppkahn gestopft und vier Tage ohne Verpflegung elbabwärts bis Lauenburg und über den Elbe-Trave-Kanal bis Lübeck verschifft. Auch diese wenig romantische

Schiffsreise begleitete das Häftlingsorchester, das dafür mit Lebensmitteln versorgt wurde.

Die letzte Etappe mußte wieder zu Fuß bewältigt werden. Max Schmidt führt den Zug menschlichen Jammers in seine Heimatgemeinde Sarau. In einer Wellblechscheune auf einem freien Feld und auf einen Gut im nahen Glausau ging der dritte Todesmarsch zu Ende. Nur die „Kulturpromis“ durften als spezielle Freunde des Max Schmidt auf seinem Hof im relativ warmen Schweinestall kampieren. Sie konzertierten sogar im Dorf. Dort hörte man gelegentlich Schüsse, die Zeitzeugen noch heute im Ohr haben. Menschen wurden exekutiert, etwa weil sie eine Rübe geklaut hatten. Niemand wollte jedoch genau wissen, was geschah. Es gab keine Anzeige, keine Totenscheine.

Bekanntlich grassierte schon bald nach dem Krieg im Volk der Täter eine Amnesie. 'Wir haben von nichts gewußt. Wir haben nur unsere Pflicht getan. Wir haben auch gelitten' – das waren die Merksätze einer gnadenlosen Einfühlungsverweigerung.

In Sarau taucht der Hauptverantwortliche Täter, Lagerführer Max Schmidt, unter. Und es gibt Opfer, die ihm dabei helfen. Es sind jene „Hofjuden“, die er schon in „Fürstengrube“ ausgehalten hat. Sie verstecken ihn, scheren seinen Kopf und bringen am linken Arm eine Häftlingsnummer an. Aus Max Schmidt wird Max Hinz, und der verschwindet nach Ibbenbüren. Nach etlichen Jahren traut er sich zurück. Erst 1964 wird ein Verfahren gegen ihn eröffnet, das 1979 ohne Anklageerhebung wegen Verjährung eingestellt wird.

In Ahrensböök blieb die Erinnerung an die Vergangenheit fest unter Verschluss.

Selbst die Sozialdemokraten weigerten sich beharrlich, daran zu rühren. Erst die Arbeit von Gerhard Hoch, der 1984 eher zufällig auf die Spur der Vorgänge stieß, legt jene Vergangenheit, die nicht vergeht, bloß.

Sein Buch ist eine genau recherchierte, faktenreiche Rekonstruktion der Ereignisse. Der Autor drückt sich nicht um die Deutung offener Fragen, die etwa das Verhalten der „Hofjuden“ aufwirft. Hoch denkt und schreibt vom Standpunkt der Opfer aus. Er versucht jedoch auch die Motive und Handlungsmöglichkeiten der Täter zu verorten, und er fragt nach der Verantwortung von Politik und Kirche.

Darüber hinaus leistet das Buch einen aktuellen Beitrag zur Diskussion um die angemessene Form des Gedenkens und Erinnerns. Ahrensböck ist überall. Noch immer meiden in Schleswig-Holstein viele Kommunen die Konfrontation mit der braunen Vergangenheit. Sie ist nach wie vor virulent und muß mit großer Kraftanstrengung verdrängt werden. Und sie wird, verbal und nonverbal, tradiert. Wenn es zu ausländerfeindlichen Anschlägen kommt, schrecken die „auf-

geklärten“ Bürgerinnen und Bürger gelegentlich auf und zünden Kerzen an. Sie konfrontieren sich jedoch nicht mit den häßlichen Narben, die das Herrenmenschentum in ihrer Kommune und unser aller Denken und Fühlen eingegraben hat. Die Frage, mit welchen Denkmustern wir heute unsere Privilegien sichern gegenüber Asylsuchenden, Armutsflüchtlingen und dem unterentwickelten gehaltenen Teil der Welt, wird nicht mehr gestellt.

Gerhard Hochs Buch hat in Ahrensböck Denk- und Erinnerungsprozesse ausgelöst. Dort gibt es inzwischen eine Gruppe engagierter Menschen, die gegen das Vergessen arbeiten. Die relativ seltene Erscheinung, daß ein eher ortsgebundenes Buch der Zeitgeschichte eine zweite Auflage erlebt, zeigt, daß es bis heute eine starke Wirkung ausübt.

Christine Weber-Herfort

Gerhard Hoch: Von Auschwitz nach Holstein. Die jüdischen Häftlinge von Fürstengrube. Hamburg: Dölling und Galitz Verlag 1998. Unveränderte Neuauflage des 1990 im VSA-Verlag erschienenen Buches.

Kein „...sehr trübes Kapitel“!

Kein „sehr trübes Kapitel“ ist das nach einigen Verzögerungen nun erschienene Buch von Lorenz/Misgeld/Müssener/Petersen zur Emigration in Skandinavien. Mit diesem Sammelband von 16 skandinavischen und deutschen AutorInnen präsentiert sich die Exilforschung zu den skandinavischen Exilländern in einer bemerkenswerten thematischen und methodischen Bandbreite, die neue Forschungsparadigmen reflektiert

und – das sei zu Beginn gleich gesagt – überzeugen kann. Das Untersuchungsziel der AutorInnen, eine Sozialgeschichte der „anonymen“ Flüchtlinge, der „kleinen Leute“ in der Emigration zu schreiben und sich von einer Exilgeschichte der „Prominenten“ zu lösen, hat damit große Fortschritte gemacht.

Nicht ganz so ungetrübt sind einige Begleitumstände der Veröffentlichung: Z. B. fehlte die zum Verständnis des

Gesamtprojektes zentrale Information, daß dieser Band von mehrheitlich skandinavischen AutorInnen in Skandinavien selbst nicht veröffentlicht wurde, wenngleich es dort eine öffentliche Vorstellung mit ZeitzeugInnen und AutorInnen gab. Der Mitherausgeber Helmut Müssener (Universität Stockholm) verwies im Gespräch mit dem Rezensenten im September 1998 auf das fehlende öffentliche Interesse am Thema in Skandinavien.

Unbeantwortet bleibt leider ebenso die Frage, warum dieser Sammelband in der Schriftenreihe des IZRG erschienen ist, denn IZRG-Angehörige treten weder als AutorInnen noch als HerausgeberInnen in Erscheinung.¹ Als Band 1 der institutseigenen Schriftenreihe erschien im Herbst 1996 die Gestapo-Studie von Gerhard Paul (*Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung*), der dritte Band über das Sondergericht Altona/Kiel kam Anfang 1999 heraus. Der vorliegende zweite Band gibt darauf keinen Hinweis und nennt lediglich den Umstand, daß der Institutsmitarbeiter Dr. PD Robert Bohn für die Schlußredaktion zuständig gewesen sei. Auch der während der Buchpräsentation herbeibemühte Hinweis auf die *Brückenfunktion von Schleswig-Holstein zwischen Skandinavien und Mitteleuropa* mag mehr für die Errichtung eines Fährterminals als Begründung erhalten als für die Veröffentlichung eines Sammelbandes. Sei es drum: Wenn es dem Zwecke diene, den Band möglichst rasch den LeserInnen zur Verfügung zu stellen, dann dürfen die diesbezüglich weiterhin offenen Fragen zunächst einmal zurückgestellt werden, denn die seit längerem fertiggestellten Beiträge hatten es ver-

dient, zügig zur Publikation zu kommen.

So speziell die meisten Einzelbeiträge des Bandes auf den ersten Blick auch sein mögen, so sehr kann ihnen der exemplarische Charakter der Fragestellung bescheinigt werden: Alle Beiträge kreisen um die Themen „politisches Exil“ und „Flüchtlingspolitik“. Tina Jacobsen („Frauen im dänischen Exil“), Klaus Misgeld („Folgen des Exils: Wechselseitiges Lernen und besseres gegenseitiges Verstehen“) und insbesondere Jörg Lindner („Diskriminierung, Degradierung, Disziplinierung: Deutschsprachige Flüchtlinge in schwedischen Internierungslagern während des Zweiten Weltkrieges“) heben sich in der Fragestellung wohltuend vom Mainstream der auf Einzelbiographien Prominenter fixierten Exilforschung ab. Gerade aus deutscher Perspektive wird dabei häufig allzu beharrlich nach dem „anderen“ oder „besseren Deutschland“ gesucht.

Mehrheitlich stellen die Autoren Fragen an die Quellen, die relevant und richtig sind: Die Beschreibung klärt exemplarisch eine Wechselwirkung zwischen EmigrantInnen und Gastland und versucht, konkrete Lebensrealität zu recherchieren und zu deuten (ganz dickes Lob an die AutorInnen!), statt nur Beschlüsse, Protokolle und Richtlinien auf „Erfolg“ oder „Mißerfolg“ zu untersuchen.

Lindners Versuch, Foucaults *Überwachen und Strafen* auf die Situation der in Schweden 1940 – 1945 internierten KommunistInnen anzuwenden, zeigt den wohl kreativsten Weg, einem an sich bekannten Faktum eine völlig neue Sichtweise abzugewinnen: Er demonstriert, daß erst Quellenauswahl und Fragestellungen einen Forschungsge-

genstand konstituieren. Lindner arbeitet heraus, daß die Wechselwirkung zwischen den Interessen der Lagerinsassen² und der Leitung, respektive Polizei und Regierung, geradezu auf einem Mißverständnis beruhte. Auch wenn es eindeutig feststellbare politische und vor allem sicherheitspolitische Interessenlagen des schwedischen Staates gab, so können die Konflikte nur vor dem Hintergrund unterschiedlicher Disziplinierungsvorstellungen zwischen „innerhalb“ und „außerhalb“ der gesellschaftlichen Normen stehend verstanden werden. Zugespitzt: Die Insassen hatten nicht verstanden, daß es dem schwedischen Staat gar nicht so sehr um Strafe ging, sondern um Disziplinierung und innere Sicherheit.

Einhart Lorenz und Hans Uwe Petersen vergleichen „Fremdenpolitik und Asylpraxis“ der skandinavischen Staaten und zeigen deren Charakteristikum: Sie war Reflex der Außen-, weniger der Innen- oder Einwanderungspolitik – die Gesamtzahl der EmigrantInnen war einfach sehr klein. Gemeinsam war den Staaten aber ein nach 1945 weitaus liberaleres Verständnis der Asylpraxis als Eingeständnis der begangenen humanitären Fehler. Eng verwoben mit diesem Thema ist der zweite Beitrag von Petersen über „Die Zusammenarbeit der nordischen Länder in der Flüchtlingsfrage“.

Der Mehrzahl der Aufsätze – Ausnahmen sind Dieter Nelles, Ludwig Eiber und Michael F. Scholz (s.u.) – wird weiterhin durch die Klammer zusammengehalten, daß hier die Emigration unter migrationsgeschichtlichen Fragestellungen betrachtet wird und nicht allein unter dem Paradigma des Antifaschismus, also der gegen den Faschis-

mus gerichteten politischen Arbeit. Lediglich die beiden deutschen Autoren Nelles und Eiber kommen nicht umhin, diese Annäherung für ihre Erforschung der Widerstandsarbeit zu nutzen, was den Wert ihrer Beiträge aber keineswegs mindert.

Skandinavien wird zweifelsohne zutreffend als Exilregion mit einem „hohen Anteil 'anonymer' Flüchtlinge und einer starken Dominanz des politischen Exils“ (Vorwort, S. 9) gekennzeichnet, womit eine Schwerpunktsetzung begründet ist. Leider wird der Aspekt der migrationsgeschichtlichen Fragestellung m.E. nicht weit genug ausgebreitet bzw. diskutiert. Einhart Lorenz bettet die Forschungsergebnisse in den Stand der Exilforschung ein („Exil und Exilforschung in Skandinavien“), nimmt aber nicht die Chance wahr, hier die Brücke zwischen Exil- und Migrationsforschung in der Diskussion herzustellen. In den Beiträgen, allen voran Lorenz' eigenen Abhandlungen, wird aber dennoch genau in Richtung Migrationsforschung gearbeitet und der politisch motivierte Wanderungs- oder Fluchtprozeß der „kleinen Leute“ betrachtet: Fremdenpolitik und Asylpraxis, die interkulturellen Normdifferenzen (s. Lindner), sozial- und arbeitsmarktspezifische Untersuchungen (Sven Nordlund, Bob Engbertsson, Tina Jacobson), Lernprozesse (Einhart Lorenz, Frank Meyer, Klaus Misgeld) und integrationspezifische Fragen (Rudolf Tempsch, Lene Wul/Troels Rasmussen) – hier mit dem deutlichen Hinweis auf die sudetendeutschen Flüchtlinge in Skandinavien.

Auch Michael Scholz („Die Rückkehr des KPD-Exils aus Schweden 1945-1947“) und Klaus Schulte („Schreiben für die Fremde: Aspekte der Kommuni-

kation deutschsprachiger Flüchtlinge mit den skandinavischen Öffentlichkeiten 1933-1940") gehen Aspekten des Verbleibs bzw. der organisierten Remigration nach der Niederlage des nationalsozialistischen Herrschaftsapparats nach. Scholz gelingt es, aus dem Kontext seiner demnächst fertiggestellten Arbeit zu den skandinavien RemigrantInnen in der SBZ/DDR die Rückkehr aus Schweden nachzuzeichnen. Seinem Beitrag fehlt aber etwas die sozial- und alltagsgeschichtliche Sichtweise, die in anderen Aufsätzen zu finden ist. Ohne Frage liefert er hier hinsichtlich der organisierten Rückkehr in die SBZ überzeugende Darlegungen, doch seine Faktorenkette bleibt zu sehr auf organisationsgeschichtliche Perspektiven beschränkt bzw. benennt er diese als leitende Prämissen.

Lorenz' Beitrag „Arbeit und Lernprozesse linker deutscher Sozialisten im skandinavischen Exil“ ist aber sowohl aus erfahrungs- wie migrationsgeschichtlicher Perspektive das Flaggschiff³ des Sammelbandes. Auf ihn sei hier auch deshalb ausführlicher hingewiesen, da es sich um „unseren“ Lübecker Willy Brandt als Beispiel für einen Gruppenprozeß handelt. Lorenz stellt in einer aktuellen Bilanz die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) im skandinavischen Exil durch eine Gruppenbiographie vor und schreibt eine politische Geschichte dieser Organisation in Skandinavien, die er mit der Kollektivbiographie von 115 (zeitweiligen) Mitgliedern absichert. Auf diesem Wege widmet er sich den bisher unbekanntem EmigrantInnen.

Methodisch geht er so vor, daß er die SAP-Orts- und Ländergruppen in ihrer Interaktion von Emigration und Gast-

land vergleichend zwischen Dänemark, Norwegen und Schweden nachzeichnet. Es gelingt ihm, die politisch-soziale Situation der Emigrationsländer als Beginn der unterschiedlichen politischen Entwicklung der SAP-Gruppen herauszuarbeiten, einem Prozeß, für den die Person Willy Brandt idealtypisch steht. Bei der Betrachtung der Hauptentwicklungslinien der SAP nehmen aber die bekannten EmigrantInnen – gerade Brandt und die Enderles – eine so zentrale Rolle ein, daß eine hier in der Gruppenbiographie angelegte Analyse des „Exils der kleinen Leute“ wieder in den Hintergrund tritt. Dennoch ist es Lorenz' Verdienst, daß er seine SAP-Geschichte in Skandinavien mit den Mitgliedern der SAP empirisch absichert bzw. sich aus deren Beschreibung zentrale Interpretationsmuster erschließen. So z.B. allein der Umstand, daß die geringe Anzahl der EmigrantInnen das Entstehen von abgeschotteten, sich spezifisch ausdifferenzierenden Subsystemen verhinderte, so daß eine soziale Situation wie in den Exilzentren Paris oder Prag erst gar nicht entstand, sondern eine Integration in die Gastorganisationen ermöglicht wurde.

Die Studie schwankt in ihrer methodischen Anlage ein wenig zwischen den gewählten Perspektiven einer mikrohistorischen Betrachtungsweise, einer empirischen Arbeit und der politischen Geschichte. Wahrscheinlich könnte nur eine weitaus umfangreicher angelegte Forschungsarbeit die Quellen zu allen drei Aspekten bereitstellen, aber bereits hier wird gut herausgearbeitet, welches Potential empirisch abgesicherte und gruppenbiographische Exil- und Migrationsstudien haben.

Stellt man den Sammelband speziell

nordeutschen LeserInnen vor, darf abschließend nicht vergessen werden, daß Ludwig Eibers Beitrag „Richard Hansen, das Grenzsekretariat der Sopade in Kopenhagen und die Verbindungen nach Hamburg 1933-1939“ ebenso wie Dieter Nelles („Gewerkschaftlicher Widerstand in Skandinavien 1939-1945“) auf wichtige Aspekte des Widerstandes und der Organisierung an den Küsten hinweist. Sein Protagonist Richard Hansen, auf dessen eher unseligen Wirken als Leiter des Matteotti-Flüchtlingskomitees der Rezensent selbst mehrfach hingewiesen hat, wird hier in den Kontext des Widerstandes gestellt. Was aber noch nicht angemessen herausgearbeitet werden konnte, ist der Umstand, daß Richard Hansen zu einem der wenigen Sozialdemokraten „alten Typs“ gehörte, der einsah, daß alle Aktionen der antifaschistischen Propaganda irgendwann zwecklos würden und der Sturz des Faschismus nur von außen erfolgen könnte. Seine nachrichtendienstliche Arbeit für den Britischen Nachrichtendienst in Zusammenarbeit mit der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF, s.u.) hätte ihn bei der Besetzung Dänemarks 1940 sofort den Kopf

gekostet; insofern muß der Umstand, daß Hansen „seine“ Flüchtlinge 1940 im Stich ließ, neu kontextualisiert werden: für ihn ging es nicht um Haft oder Freiheit, sondern um Leben oder Tod!

Dieter Nelles überzeugt in seinem Beitrag mit einem Ausschnitt aus seiner Geschichte der ITF ein weiteres Mal mit einer kritischen Differenzierung der Positionen innerhalb des sozialistischen bzw. kommunistischen Lagers.

Leider fehlt abweichend von Band 1 der Reihe und auch von früheren Bearbeitungsschritten des Sammelbandes ein Personen- und Ortsverzeichnis.

Dieser Band sei aber nicht nur der kleinen Schar der am Exil Interessierten, sondern allen historisch interessierten nordeutsche GesinnungsskandinavierInnen zur Lektüre empfohlen. Für die Exilforschung stellt dieser Band einen wichtigen Fortschritt dar. Glückwunsch!

Thomas Pusch

Einhart Lorenz, Klaus Misgeld, Helmut Müssener, Hans Uwe Petersen (Hrg.): „Ein sehr trübes Kapitel“? Hitlerflüchtlinge im nordeuropäischen Exil 1933 – 1950. Hamburg: Ergebnisse Verlag 1998. 534 S. (= IZRG-Schriftenreihe; Band 2)

1. Wenn an dieser Stelle ein Institutsmitarbeiter, der selbst an einer Promotion aus dem Themenumfeld der Emigration in Skandinavien arbeitet, die Rezension eines Institutsbandes verfaßt, dann nur deshalb, weil er damit keine Arbeit von KollegInnen bewertet.

2. Zum Bedauern des Rezensenten wurde allerdings eine Anonymisierung der behandelten Biographien vorgenommen. Hier sind auch die Schleswig-Holsteiner Emigranten Hans Bringmann, Werner Sager und Willy Lange behandelt

3. Einhart Lorenz hatte zuvor im Verlag Peter Lang seinen Aufsatz „Arbeit und Lernprozesse linker deutscher Sozialisten im skandinavischen Exil“ in ausführlicherer Form unter dem Titel „Mehr als Willy Brandt. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) im skandinavischen Exil“ (Marburg 1997, 257 S.) erscheinen lassen, was m.E. keine gute Idee war. Die Monographie liefert zwar eine weit ausführlichere Darlegung zu einzelnen Gliederungspunkten des Aufsatzes, so insbesondere mit einer sehr guten Differenzierung der linken Gruppen und Parteien in Skandinavien, mutet den LeserInnen aber viele formale Schwächen zu (Fehler, Seitenverweise und ein unnötig aufgeblähter Fußnotenapparat).

Rundgänge zur NS-Geschichte Kiels

Nach dem ersten Begleitheft zur Antifaschistischen Stadtrundfahrt 1982/83 (vgl. *Akens-Info* 2/1983, S. 27f.) und dem umfangreichen, besonders lehrerfreundlichen Reader (vgl. *Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte* Heft 28/1995, S. 85f.) liegt seit Herbst 1998 eine neue Broschüre des Arbeitskreises Asche-Prozeß vor, die auf ca. 70 Seiten neben der Stadtrundfahrt drei vom Arbeitskreis ebenfalls angebotene Stadtführungen dokumentiert.

Mit dieser Publikation kann jede und jeder Interessierte sich anhand der aufgezeigten Routen nun selbst auf den Weg machen. Karten zu den einzelnen Routen helfen, die beschriebenen Örtlichkeiten zu finden. Aber auch den Bequemeren unter uns, die lieber zu Hause bleiben, bieten die Texte zu den einzelnen Stationen, die zugleich bestimmte Themen abhandeln, eine Vielzahl von Informationen. Durch ca. 60 Abbildungen anschaulich gemacht und durch Quellenverweise in der Randspalte ergänzt, bietet das Heft einen ersten, aber doch schon sehr umfassenden Einblick in die Geschichte Kiels im Nationalsozialismus. Ein Inhaltsverzeichnis und Verweise, wenn zu dem betreffenden Themenaspekt innerhalb eines anderen Rundgangs schon Informationen gegeben wurden, erleichtern die Orientierung.

Hatte das erste Begleitheft zur Antifaschistischen Stadtrundfahrt noch den Charme des Selbstgemachten, so wirkt diese neue Broschüre schon sehr professionell. Anspruchsvoller Inhalt und ansprechende Form ergänzen sich jetzt.

Das Heft beginnt mit der – wie die Herausgeber selbst sagen – „schon fast

klassisch zu bezeichnenden Stadtrundfahrt“, die seit 15 Jahren durchgeführt wird. Themen sind u.a. die Bücherverbrennung, die Rolle des Arbeitsamtes und der Universität in der NS-Zeit, die Zerstörung der jüdischen Gemeinde, die Ausschaltung der demokratischen Parteien und der Gewerkschaften, die Ausrüstungspolitik am Beispiel der Kieler Werften, der Einsatz von Zwangsarbeitern sowie die Orte des Terrors (Polizeipräsidium und -gefängnis Blumenstraße, Gestapo-Hauptquartier, Sondergericht, Arbeitserziehungslager Nordmark).

Es folgen drei Stadtrundgänge zu speziellen Themenschwerpunkten. Der erste führt durch den Stadtteil Düsterbrook, der vor allem von der Kieler Oberschicht bewohnt wurde und wird. Hier lebten Opfer und Täter oft nahe beieinander. Als Beispiele seien das erste und inzwischen wohl bekannteste Kieler NS-Opfer, der jüdische Rechtsanwalt und SPD-Politiker Wilhelm Spiegel, und Gauleiter Hinrich Lohse genannt, dessen Dienstvilla hier lag. In diesem Stadtteil hatte auch die Gestapo ihren Sitz, ebenso viele NSDAP-Gliederungen. Eine Station beschreibt die Gründe der gescheiterten Entnazifizierung gerade in Schleswig-Holstein.

Die Stadtführung zum Thema „Widerstand, Verfolgung und Verweigerung“ geht vor allem auf den Widerstand aus der Arbeiterbewegung ein. Daneben stehen Personen, die um ihrer religiösen oder ethischen Selbstbehauptung willen zu Gegnern der Nationalsozialisten wurden, wie die Zeugin Jehovas Minna H. oder der Jugendpastor Wolfgang Prehn. Sein Beispiel zeigt einen Menschen, der die Machtübernahme durch

die Nationalsozialisten zunächst begrüßt hatte, aber ihnen schon bald ablehnend gegenüberstand. Es räumt auch mit der oft gehörten Schutzbehauptung auf, man habe erst spät erkennen können, wohin die Politik des Nationalsozialismus führen werde.

Die vierte Route beschreibt die Geschichte der Kieler jüdischen Gemeinde. In der Einführung erhält der Leser wichtige Informationen zur Entwicklung und Zusammensetzung der jüdischen Gemeinschaft in Kiel. Neben den Zentren des religiösen Gemeindelebens (Synagogen, orthodoxer Betsaal, Friedhof), die zum Teil auch in der Stadtrundfahrt beschrieben sind, werden dem Leser die Schicksale einzelner Personen nahegebracht. Da stehen die im Alter noch berühmt gewordene Lotti Huber und ihr Bruder Kurt Goldmann neben

dem unbekanntem Jacob Grubner, der Familie Schumm, deren Sohn das zweite jüdische Opfer in Kiel wurde, und dem Kaufmann Gustav Lask. Dieser Rundgang zeigt leider auch, wie wenig Spuren jüdischen Lebens in Kiel noch sichtbar sind.

Angesichts aktueller Diskussionen und Ereignisse „den politischen Blick auf die NS-Zeit zu schärfen“, ist Ziel des Arbeitskreises Asche-Prozeß. Dieses Begleitheft könnte dabei helfen. Für 5 DM erhält der Leser einen kurzen, aber durch die Vielfalt der Informationen doch umfassenden Einblick in die NS-Zeit in Kiel. **Renate Dopheide**

Arbeitskreis Asche-Prozeß: Antifaschistische Stadtführungen: Kiel 1933-1945. Kiel: Selbstverlag 1998. 72 S. m. zahl. Abb. u. Karten.

Viele Männer, wenig Frauen – biografische Abrisse zum Dritten Reich

In Heft 33/34 der *Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte* ist ausführlich auf Lexika eingegangen worden. Dabei wurde deutlich, wie schwierig es ist, sich nur auf eine Publikation zu verlassen. Bei den Personenlexika zeigte sich zudem, dass es kein aktuelles Werk gab.

Mit dem von Hermann Weiß vom Institut für Zeitgeschichte in München herausgegebenen *Biographischen Lexikon zum Dritten Reich* hat sich dies nun entscheidend geändert. Ähnlich wie beim ehrgeizigen Projekt von Benz/Graml/Weiß, der *Enzyklopädie des Nationalsozialismus* (München 1997), wird beim *Biographischen Lexikon* deutlich, dass hier ein Standardwerk geschaffen

werden sollte (ob in der Enzyklopädie deshalb die Personenbiografien nur in Kurzform abgehandelt worden sind, sei dahingestellt). Es liegt nahe, im folgenden das neue Lexikon mit dem (scheinbaren?) Vorgänger von Robert Wistrich (*Wer war wer im Dritten Reich?*, Frankfurt 1987) zu vergleichen, das bezeichnenderweise schon damals von Hermann Weiß überarbeitet und erweitert worden ist.

Das neue Lexikon ist nicht nur um 160 Seiten umfangreicher und enthält knapp 550 Biografien, es hat auch die klarere Gliederung vom *Biographischen Lexikon zur Weimarer Republik* übernommen: Name, Beruf, Geburts- und Sterbedaten werden zuerst genannt,

dann folgt ein Lebenslauf, abschließend darüber hinausgehende Bewertungen und Zusammenhänge sowie Angaben zu Veröffentlichungen der Charakterisierten, wohingegen Literaturhinweise zum aktuellen Forschungsstand fehlen. Meiner Meinung nach ist das ein schweres Versäumnis, dass sowohl Weiß als Herausgeber als auch den anderen achtzehn Mitarbeitenden anzulasten ist.

Ein detaillierter Vergleich mit dem „Vorgänger“ von Robert Wistrich zeigt die Stärken des neuen Buches: Weiß u.a. haben sich bemüht, alle hohen Funktionäre aus Staat, Partei und Verfolgungsapparat zu charakterisieren: Gauleiter, Höhere SS- und Polizeiführer, SS-(Ober)Gruppenführer, Minister und Staatssekretäre, Gesandte und Botschafter sowie eine Vielzahl der Eliten aus Militär, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Neben der Aufnahme aller Gauleiter fallen insbesondere die Männer aus der Wirtschaft auf, ferner die Neuaufnahme von Literaten und anderen Künstlern. Frauen sind mit 20 Nennungen (gegenüber 15 bei Wistrich) weiterhin stark unterrepräsentiert, was sich zwar mit der Männerdominanz im NS erklären lässt, doch wäre die Aufnahme der mittleren Hierarchie-Ebene hier ein Gewinn gewesen. Zudem sind wichtige Frauen wie Jutta Rüdiger (BDM-Reichsreferentin) oder auch Helene Mayer („halbjüdische“ Olympiasiegerin) nicht aufgenommen worden.

Weiß u.a. haben zwar versucht, in einigen Bereichen vollständig zu sein (Gauleiter, höhere SS- und Polizeiführer u.a.) und ihren selbstgesteckten Zielen gerecht zu werden: „Die Absicht des Herausgebers war es vielmehr, die politische und die geistige Elite Deutschlands der Jahre 1933-1945 vorzustellen

[...], die im öffentlichen Leben des Dritten Reiches eine Rolle spielte[n]. [...] Unter diesem Gesichtspunkt wurden auch Gegner des Nationalsozialismus in die Auswahl aufgenommen, wenn das Kriterium der Elitenzugehörigkeit auf sie zutraf.“ (S. 8f.) Trotzdem wird bei einigen Personen nicht klar, warum sie unberücksichtigt blieben oder aufgenommen wurden: So fehlen Leo Baeck, das geistige Oberhaupt des deutschen Judentums, der populäre Filmregisseur Helmut Käutner (u.a. „Große Freiheit Nr. 7“) ebenso wie sein „Kollege“ Hans Steinhoff („Hitlerjunge Quex“, „Ohm Krüger“) oder der Einsatzgruppenführer Naumann.

Systematischer scheint hingegen der Verzicht auf Personen aus dem Widerstand (u.a. Geschwister Scholl) und von Menschen zu sein, deren Biografien zu Beginn des Faschismus enden (u.a. Brüning und Groener). Das *Biographische Lexikon* nimmt also fast ausschließlich die Herrschenden und die Mitbeteiligten in den Blick und beschränkt sich bewusst auf Personen, die im deutschen Reich lebten oder Staatsangehörige waren (was etwa dazu führt, dass u.a. Herschel Grynszpan fehlt, obwohl sein Attentat auf Botschaftssekretär Ernst vom Rath zum Anlass für die Reichspogromnacht gemacht wurde. Vom Rath selber wird hingegen charakterisiert und dabei auch auf Grynszpan eingegangen!). Des Weiteren skizzieren Weiß u.a. nicht alle KZ-Kommandanten und lassen auch Biografien zu Personen wie Bruno Streckenbach, immerhin Nachfolger von Werner Best im Reichssicherheitshauptamt, vermissen.

Doch angesichts der Fülle von neuen Biografien schwächt sich diese Kritik ab: Die AutorInnen haben gegenüber

Wistrich 250 (!) neue Personen aufgenommen und nur 50 Personen weggelassen. Mit 550 Biografien sind sie im Vergleich zu ihrem Vorgänger also mehr als zu empfehlen.

Wie schwierig es dabei ist, richtige und genaue Angaben zu machen, mag das Beispiel von Arthur Nebe zeigen: Zum Chef des Reichskriminalpolizeiamtes hiess es noch bei Wistrich, er sei am 21. März 1945 hingerichtet worden. Weiß u.a. nennen hingegen den 2. März als Tag, an dem er zum Tode verurteilt worden ist, und den folgenden Tag als Exekutionsdatum. In der *Enzyklopädie des Nationalsozialismus* (die Weiß ebenfalls mit herausgegeben hat) steht aber der 4. März als Sterbetag.

Verlässt man die überregionale Ebene, so wird man auf kommunaler Ebene im Lexikon leider nur zweimal fündig: Mit Karl Fiehler (Fraktionsvorsitzender der NSDAP) und SS-Brigadeführer Christian Weber (Ratspräsident) werden zwei Münchener genannt, wobei die Auswahl willkürlich und vermutlich dem Arbeitsort des Herausgebers geschuldet ist.

Auf Länderebene finden sich für Schleswig-Holstein immerhin vierzehn und für Hamburg noch sieben bis neun Personen, die beschrieben werden. Mit dem völkischen „Heimtdichter“ Gustav Frenssen, dem Staatssekretär Franz Schlegelberger und dem Lübecker Senator und späteren SS- und Polizeiführer Rigas, Walter Schröder, sind wichtige Männer aus der „Provinz“ aufgenommen worden. Das Fehlen von Fakten zur Entnazifizierungseinstufung und gerichtlichen Auseinandersetzung um die Pensionsforderungen von Schlegelberger oder auch der Mitwisserschaft hoher Funktionäre und Beamter um die wahre Identität von Werner

Heyde/Dr. Sawade ist aber misslich, da sie doch etwas über den Umgang mit dem NS-Erbe in der Nachkriegszeit hätten aussagen können.

Für Hamburg ist die Aufnahme von Staatssekretär Curt Rothenberger zu begrüßen, da er doch maßgeblichen Einfluss auf die Justiz in der Hansestadt genommen hat. Warum bei Gauleiter Karl Kaufmann immer noch wichtige Details zu seiner Funktion bei der Deportation der jüdischen Bevölkerung Hamburgs fehlen, hingegen seine Rolle bei der kampfblosen Übergabe der Stadt positiv beschrieben wird, muss ebenso unerklärt bleiben wie das Fehlen von Gestapo- und SS-Chef Bruno Streckenbach, dessen Karriere bis zum RSHA-Amtsleiter und General der Waffen-SS reichte.

Fazit: Das *Biographische Lexikon zum Dritten Reich* umfaßt auf 560 Seiten insgesamt 550 Biografien (davon zwanzig Frauen), die alle wichtigen gesellschaftlichen, kulturellen, militärischen, wirtschaftlichen und politischen Personen im Nationalsozialismus repräsentieren sollen, und deutet durch die Aufnahme regionaler und kommunaler „Größen“ eine positive Erweiterungsmöglichkeit künftiger Nachfolgewerke an. Das Fehlen von einigen KZ-Kommandanten und besonders der Verzicht auf Literaturhinweise schmälert den Gebrauchswert je nach LeserInnen-Erwartung aber doch beträchtlich. Als Nachschlagewerk ist das *Biographische Lexikon zum Dritten Reich* für alle historisch Interessierten ungeachtet der obigen Detailkritik zu empfehlen.

Frank Omland

Hermann Weiß (Hrsg.): *Biographisches Lexikon zum Dritten Reich*. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag 1998. 562 S.

Kleinstadtchronik – ohne Tabus, aber mit Lücken

Kellinghusen – in Mittelholstein an der Stör gelegen – ist seit 1877 Stadt. Seine Ursprünge liegen viel weiter zurück: der Name Kerleggehusen wurde erstmals 1148 urkundlich erwähnt. Die 850 Jahre hat Kellinghusen demnach im vergangenen Jahr erreicht – Anlaß für eine Stadtchronik. Dies war nicht der erste Versuch zu einer Lokalgeschichte; Vorläufer gab es schon zu den Stadtjubiläen 1927 und 1952. Und auch der aktuelle Trend, sich wieder mit der Geschichte des eigenen Ortes zu befassen und damit neue Identifikationswünsche der Bürger zu erfüllen, ist an Kellinghusen nicht vorbeigegangen. So erschienen in kurzer Folge die *Geschichte Kellinghusens* (Hrsg. Ulrich March, 1997) und die Neuauflage des kommentierten Fotobands *Das alte Kellinghusen* (Hans-Wilhelm Hay, 1998).

Was ist neu an der im Auftrag der Stadt erstellten Chronik? Sie sollte zwei bislang nicht gestellte Ansprüche erfüllen. Eine professionelle Erarbeitung war gewünscht; nicht ein lokaler Laien- ('Heimat')forscher, sondern ein auswärtiger Historiker sollte mit der Aufgabe betraut werden. Zweitens sollte die Arbeit nicht nur wissenschaftlich profund, sondern auch bürgernah und gut lesbar sein. Nicht die herkömmliche, strikt an die Zeitachse gekoppelte Chronik – mit den Schwerpunkten Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Verkehr – war also gefragt, sondern ein facettenreiches Geschichtsbild mit all den Themen, die aus Bürgersicht Stadtgeschehen ausmachen.

Wird die mit einiger Verspätung im Dezember 1998 vorgelegte Chronik diesen Erwartungen gerecht? Beginnen

wir mit dem Anspruch an Professionalität. Die politischen Stadtmütter und -väter trugen – nach längerem Abwägen – die Aufgabe an einen Arbeitskreis schleswig-holsteinischer Historiker heran; dieser konnte als Referenzen eine Reihe zweifellos gelungener Stadtchroniken vorweisen. Ulf O. Postel, Mitglied des Arbeitskreises, übernahm den Auftrag mit einem Zeitrahmen von drei Jahren.

Die Entscheidungsträger werden gewußt haben, daß eine solche Auftragsvergabe an einen Externen nicht nur Vorteile mit sich bringt. Bei aller Professionalität ist es keinesfalls selbstverständlich, daß der auswärtige Historiker sich die lokalen Informationsquellen erschließen kann – dies insbesondere bei einer bürgernah-themenorientierten Herangehensweise (man denke etwa an das Thema Vereinsleben). Auf der anderen Seite hat der externe Autor auch einen nicht zu unterschätzenden Vorteil. Er steht – anders als ein lokaler Laienforscher – grundsätzlich nicht unter der sozialen Kontrolle der Mitbürger, kann sich also leichter über Tabus hinwegsetzen, wenn es um die Darstellung dunkler Kapitel in der Stadtgeschichte geht.

Der Autor hat diese Gratwanderung ohne Absturz, doch auch ohne überzeugenden Abschluß vollzogen. Insbesondere hat er kein durchgängiges Konzept entwickelt, um zum Erschließen nicht-öffentlicher Informationsquellen lokale Wissensträger und Mitautoren einzubinden. So hat es mindestens vier Arten von Beiträgen gegeben: in der Spannweite von anonymer Unterstützung durch Materialzulieferung und Ent-

wurfskommentierung bis hin zu ganzen Kapiteln, für die der Autor die Feder ohne erkennbare Einschränkung an einen anderen Verfasser abgegeben hat.

Wie ist letzteres zu erklären? Ging es hier um Themen, für die ein lokaler Wissensträger ein Informationsmonopol besaß, die Herausgabe an den 'Auswärtigen' störrisch verweigerte, ging es zum Beispiel um Vereinsgeschichte(n)? Naheliegend – aber nicht zutreffend: Tatsächlich werden in diesen Kapiteln die NS-Jahre behandelt, ihre Vorgeschichte in der Weimarer Zeit sowie die Ursprünge (und Unterdrückung) der Arbeiterbewegung. Es geht also um überwiegend dunkle Abschnitte der Kellinghusener Stadtgeschichte, Themen, für die ein auswärtiger Historiker (wenn nicht dafür, wofür sonst?) prädestiniert sein müßte: wegen seiner Autonomie gegenüber sozialer Kontrolle und wegen seiner Professionalität in der – kaum (noch) durch Wissensmonopole behinderten – Materialerschließung.

Zum zweiten Anspruch: Ausrichtung auf bürgernahe Themen. Diese ist insgesamt gut gelungen. Die Chronik lädt dazu ein, sie immer mal wieder zur Hand zu nehmen und in einzelnen Kapiteln zu blättern, sobald sich dafür durch Alltagsgeschehen, durch einen Klönschnack mit Nachbarn oder auch durch spontan auftretende persönliche Erinnerungen ein Anlaß ergibt. Zu vielem wird man fündig, bürgernah ist die Chronik zweifellos. Der Leser findet sachkundige Berichte über frühere Stadtgeschichtsschreiber, eine lebendige Darstellung der Frühgeschichte und des Aufstiegs zu einer „blühenden Handelsstadt“, vieles über die Entwicklung des Vereinslebens und zum Abschluß auch ein vielfältiges Bild des Kellinghu-

sener Alltags in der Gegenwart.

Was fehlt? Selbst bei einer Kleinstadt-Chronik muß sich der Verfasser fragen, welche Themen er übergehen oder knapp behandeln muß, um den gesteckten Rahmen (hier 270 Seiten) noch einhalten zu können. Erfreulich ist, daß diese Auswahl nicht allein am Gefälligkeitskriterium orientiert war. Die 'politischen' Kapitel der Chronik schonen das Erscheinungsbild der Stadt keineswegs. Sie nennen die „Klein Nürnberg“-Ambitionen – die SA-Gruppe Nordmark übte hier für Reichsparteitage den straffen Gang in Zwölferreihen – der schon früh braun eingestimmten Bürgermehrheit beim Namen, und sie lassen nachvollziehen, mit welcher Geringschätzung bis hin zu tödlichem Haß die braun-schwarze Oberstadt auf die rote Unterstadt Kellinghusens, auf „Klein Moskau“ hinabblickte.

Daß all dies nicht ausgespart blieb, ist Ulrich von der Trenck zu verdanken, der diesen Teil der Chronik verfaßt hat. Für das Kapitel NS-Zeit war dieser 'zugereiste' Kellinghusener Bürger sicherlich der am besten ausgewiesene Autor, hatte er doch bereits im Steinburger Jahrbuch 1996 den ersten fundiert recherchierten und tabufreien Beitrag zu „Kellinghusen unter dem Nationalsozialismus“ publiziert.

Dieses Thema fehlt also nicht; bedauerliche Lücken gibt es aber an anderen Stellen. Was erzählt die Chronik über die Zuwanderung aus dem Osten in den letzten Kriegsmonaten? Kellinghusens Bevölkerung wuchs auf mehr als das Doppelte an – mit einschneidenden Konsequenzen. Neue Stadtviertel waren zu bauen, eine katholische Gemeinde entstand, Landsmannschaften der Flüchtlinge und Vertriebenen erweiterten das

kulturelle Leben. Drängende Integrationsprobleme verlangten durchgreifende Lösungen von der Stadtverwaltung, vor allem aber auch Änderungen in Einstellung und Verhalten von jedem einzelnen Alt-Bürger. In der Chronik findet sich dazu wenig.

Auch das Kapitel „Kellinghusen nach dem Zweiten Weltkrieg“ erfüllt nicht die Erwartungen. Nichts wird dort zum Umgang mit der NS-Vergangenheit gesagt. Wie hat man in Kellinghusen etwa die Nachricht von Verhaftung und Verurteilung des Gauleiters und Oberpräsidenten Hinrich Lohse – aus dem drei Kilometer entfernten Mühlenbarbek stammend – aufgenommen; wie hat man auf seine vorzeitige Haftentlassung und seinen Anspruch auf staatliche Altersversorgung reagiert?

Wie ist es in der „blühenden Handelsstadt“ mit der Wirtschaftsgeschichte weitergegangen? Niedergang der Industrie, Nachkriegsboom und erneutes Schrumpfen des Baugewerbes, Bedeutungsverlust des Einzelhandel-Mittelstands, Pendeln als neue Erwerbsform für abhängig Beschäftigte, neue Selbständigkeit im Dienstleistungsbereich – geschehen ist viel, berichtet wird wenig.

Und die Kultur? Sie wird zusammen mit „Kirche“ in einem Kapitel beschrieben und dort – unzeitgemäß enger Kulturbegriff – auf Detlev von Liliencron beschränkt, der hier zwischen 1883 und 1890 eine wichtige Lebens- und Schaffensphase verbrachte. Recht knapp wird auch die Stadtentwicklung behandelt, obwohl sie viel Einblick

hätte bieten können: in Veränderungen des Stadtbildes, aber auch der sozialen Schichtung.

Bei aller Dankbarkeit für die Themenvielfalt: Manche Leser werden Lücken beklagen, und einige werden auch – bei einzelnen Themen – den Aussagen nicht recht zustimmen wollen. Ein Beispiel: Man liest, daß dem Lokalblatt *Stör-Bote* in der Jahrhundertmitte gleich zweimal ein Maulkorb verpaßt wurde, zunächst durch die NS-Reichspressekammer und nach Kriegsende durch die britische Militärregierung. Wäre ohne Vorgaben der Reichspressekammer ein objektiver, kritischer *Stör-Bote* erschienen? Ein Blick in die Ausgaben dieser Zeitung vor der NS-Machtergreifung – dank Steinburger Kreisarchiv jedem Bürger leicht möglich – gibt darauf eine eindeutige Antwort.

Das Fazit: Letztendlich eine erfreuliche, bürgernahe Erweiterung und Darstellung des lokalgeschichtlichen Wissens, aber kein Lehrstück, mit dem für zukünftige Fälle demonstriert werden könnte, daß ein auswärtiger Historiker als Chronik-Autor grundsätzlich eine bessere Wahl ist als eine Gruppe einheimischer Laienforscher (die sich zur Zusammenarbeit bereifindet).

Hans H. Lembke

Ulf O. Postel (unter Mitarbeit von Richard Kolang, Herbert Lüdemann, Karl-Heinz Roll, Ulrich von der Trenck): 850 Jahre Kellinghusen an der Stör. Kirchdorf – Flecken – Stadt. Kellinghusen: Eigenverlag der Stadt 1998. 270 S.